

ASKETA – Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen in Deutschland

Presseerklärung zur Jahrestagung am 9. und 10. Juni 2008 in Gundremmingen

Gundremmingen, 10. Juni 2008

Ohne Kernenergie weder Klimaschutz noch bezahlbare Strompreise Bürgermeister fordern mit Fünf-Punkte-Katalog Aufbrechen der energiepolitischen Erstarrung in Deutschland

Am 9. und 10. Juni tagte die ASKETA - Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen in Deutschland in Gundremmingen. Die zweitägige Jahreshauptversammlung der Standortbürgermeister legte die Themen- und Diskussionsschwerpunkte zum einen auf den aktiven Beitrag der Kernenergie beim Klimaschutz, zum anderen auf die gravierenden Folgen des angestrebten Kernenergieausstiegs für die Menschen in den Standortregionen, für die Versorgungssicherheit, für den Umweltschutz und für die Strompreise. Ebenso setzten sich die Standortbürgermeister mit der Ende 2007 veröffentlichten Kinderkrebsstudie sowie der Kommunikationsarbeit der Kernkraftwerksbetreiber auseinander. Ein weiteres Themenfeld war die unbefriedigende Endlagerungssituation, die sich verstärkt abzeichnende Auslandsorientierung der deutschen Kernkraftwerksbetreiber sowie der weltweite Kernenergieeinstieg bzw. -ausbau. Immerhin sind unter anderem in Großbritannien, Italien, Schweiz, Polen, Litauen, Estland, Lettland, Russland, Rumänien, Bulgarien, USA, China, Indien und Japan über 200 Kernkraftwerksblöcke geplant.

Nach Beratung und Diskussion der verschiedenen Fachvorträge ausgewiesener Experten zogen die Bürgermeister folgendes Tagungsfazit:

Der seit zehn Jahren anhaltende energiepolitische Schlingerkurs in Deutschland erfüllt die Bürgermeister der Standortgemeinden mit großer Sorge. Die Energiepolitik befindet sich nach wie vor auf einem Irrweg, der die öffentliche Meinung zur Kernkraft überwiegend kritisch beeinflusst. Suggestiert werden Alternativen, die gleichzeitig von jenen bekämpft werden, die diese befürworten. Dadurch mutieren dringend erforderliche Investitionen in neue Kraftwerke, Netze und Leitungen zu einem unkalkulierbaren Glücksspiel.

Wie der ASKETA-Vorsitzende Wolfgang Mayer aus Gundremmingen zusammenfasste, ist nach wie vor gänzlich ungeklärt, woher bei einer Abschaltung der bestehenden Kernkraftwerke die über 50 Prozent der Grundlaststromerzeugung kommen sollen. Zudem gingen bei einer Fortsetzung der starren Ausstiegs-Haltung nicht nur die über 40.000 hoch qualifizierten und über Jahrzehnte krisensicheren Arbeitsplätze unwiederbringlich verloren. Mehr und mehr ins Abseits gerate damit auch das weltweit anerkannte, hohe deutsche Sicherheits-Know-how, weil die Standards zunehmend im Ausland festgelegt bzw. bestimmt werden und die Arbeitsplätze im Ausland entstünden. Das aber kann keinesfalls im deutschen Interesse sein.

Besorgt äußerte sich der 2. stellvertretende ASKETA-Vorsitzende Friedrich-Wilhelm Schröder aus der Samtgemeinde Gartow/Gorleben darüber, dass zukünftige politische Gremien der Standortgemeinden Gorleben von einer positiven Einstellung zur Untersuchung des Endlagers abrücken könnten. Durch den im Jahr 2000 verhängten Untersuchungsstopp der rot-grünen Vorgängerregierung ist ein Rückgang von 500 auf 60 Mitarbeiter eingetreten. Der finanzielle Aderlass in den Standortgemeinden des Endlagererkundungsbergwerkes Gorleben ist bereits eingetreten. Erhebliche Kaufkraftverluste sind zu verzeichnen, ohne dass seitens der Bundesregierung an irgendeinem Ausgleich gedacht worden ist. Der durch das Endlager erhoffte wirtschaftliche Aufschwung in den Standortgemeinden ist bisher ausgeblieben. Leider setze die schwarz-rote Koalition die unverantwortliche und kostentreibende Hängepartie um die Endlagerstandorte fort. Schröder forderte, endlich die politische Blockadehaltung bei der Endlagerkonzeption aufzugeben, denn so oder so müsse eine vernünftige Lösung für die Abfälle gefunden werden und diese laute für die ASKETA: Gorleben und Schacht Konrad, wenn die Eignung zweifelsfrei gesichert ist.

Welche gravierenden Folgen die Schließung eines Kraftwerksstandortes auf die Gemeinde und deren umliegende Region hat, verdeutlichte der stellvertretende ASKETA-Vorsitzende Roland Lauer aus Obrigheim. Mit der sicherheitstechnisch nicht begründbaren vorzeitigen Stilllegung des Kernkraftwerks Obrigheim im Mai 2005 verloren bisher 200 direkt- und gut 300 indirekt Beschäftigte ihren Arbeitsplatz, mit allen Konsequenzen für deren Familien. Obrigheim und seinem Umland ist an Kaufkraft, Wertschöpfung und Steuereinnahmen ein zweistelliger Millionenbetrag verloren gegangen. Nach Abschluss des vorgezogenen Rückbaus folgt dann um 2020 der finale Aderlass.

Bleibt es beim rot-grünen Ausstiegsbeschluss, hat die politische Abwicklung der deutschen Kernenergie gravierende Konsequenzen für weit mehr als 100.000 Menschen. Jahr für Jahr gehen nämlich an Kaufkraft rund 600 Millionen Euro und an Investitionen rund 1,2 Milliarden Euro verloren. Dass davon die Standortgemeinden unverschuldet die Hauptlast tragen müssen, ist eine unumstößliche Tatsache. Wirtschaftliche und soziale Turbulenzen, weiß Bürgermeister Lauer aus bitterer Erfahrung, sind geradezu zwangsläufig programmiert.

Was Obrigheim seit 2005 meistern muss, steht Gundremmingen noch bevor: In der rund 1.600 Einwohner zählenden Gemeinde leben fast 300 der insgesamt über 1100 Kraftwerksmitarbeiter mit ihren Familien. Nach jetziger Gesetzeslage müssten beide Gundremminger Kraftwerksblöcke etwa Mitte des nächsten Jahrzehnts abgeschaltet werden. Die Stilllegung bedeutet jährlich für die Region Kaufkraftverluste in Höhe von rund 60 Millionen Euro und Auftragsverluste von rund 20 Millionen Euro. Zusätzlich verliert die Kommune wertvolle Arbeitsplätze und Steuereinnahmen, während die gesamte Wirtschaft rund 200 Millionen Euro pro Jahr an Aufträgen für Betrieb, Instandhaltung und Modernisierung abschreiben müsste; noch nicht eingerechnet seien dabei die Brennstoffkosten. Solche Verluste, so Bürgermeister Wolfgang Mayer, sind weder für eine Gemeinde noch das Land zu verkraften.

Um dies weit über die betroffenen Standorte hinaus bewusst zu machen, formulierte die ASKETA zum Abschluss ihrer Tagung einen Fünf-Punkte-Katalog, mit dem sie eine an Sachfragen orientierte, ideologiefreie, energiepolitische Diskussion in Deutschland wieder in Gang bringen will. Gefordert wird:

1. Eine internationalen Beispielen folgende Neubewertung des deutschen Ausstiegsbeschlusses aus der Kernenergie mit entsprechender Gesetzesänderung, um Laufzeitverlängerungen für die bestehenden Kernkraftwerke unter der Maßgabe maximaler Anlagensicherheit zu ermöglichen.
2. Die Option auf langfristige Betriebsgenehmigungen für die bestehenden Kernkraftwerke unter der Maßgabe maximaler Anlagensicherheit, bis eine ökologisch und ökonomisch vernünftige, bezahlbare Energieform als Ersatz für die Grundlastabdeckung gefunden ist.
3. Die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung zur konsequenten Schaffung von Endlagerkapazitäten zur Entsorgung der verschiedenen radioaktiven Abfälle.
4. Ein wirtschaftliches Nachfolgekonzept für von Schließungen betroffene Standortgemeinden durch die Bundes- beziehungsweise die jeweiligen Landesregierungen.
5. Ein ganzheitliches, ideologiefreies, bezahlbares, belastbares und auf einem breiten Energiemix beruhendes Energieversorgungskonzept durch die Bundesregierung unter Einschluss sowohl der regenerativen Energien als auch der Kernenergie, die angesichts des weltweiten Klimawandels als praktisch CO₂-freie, überall verfügbare und bezahlbare Grundversorgungsenergie auch in Deutschland neu bewertet werden muss.

Der ASKETA-Vorsitzende Mayer wurde von den Standortbürgermeistern beauftragt, den Fünf-Punkte-Katalog in Richtung Bundesregierung auf den Weg zu bringen und damit an alle Verantwortung tragenden Politiker beim Bund und in den Ländern zu appellieren, für ein nachhaltiges ökologisches Gleichgewicht, für eine nachhaltige soziale Gerechtigkeit und für ein nachhaltiges Wirtschaften einzutreten.

Rückfragen bitte an:

Wolfgang Mayer, Erster Bürgermeister der Gemeinde Gundremmingen und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen in Deutschland
 Telefon: 08224/96 80-11; Fax: 08224/96 80-20; Email: Mayer@Gundremmingen.de

Kompakt-Info zur ASKETA

Die 1993 gegründete ASKETA - Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen in Deutschland vertritt derzeit 25 Kommunen mit kerntechnischen Anlagen, darunter 15 Kernkraftwerksstandorte mit 17 „aktiven“ und drei stillgelegten Kernkraftwerksblöcken sowie den Zwischenlagern für radioaktive Reststoffe und auch Forschungseinrichtungen.

Die ASKETA ist Mitglied der GMF – Group of European Municipalities with Nuclear Facilities, in der sich schwedische, spanische, rumänische, slowenische, bulgarische und ungarische Standorte mit kerntechnischen Anlagen zu einer Interessensvertretung auf EU-Ebene zusammengeschlossen haben.

Die ASKETA hat sich zum Ziel gesetzt, die Position der Standortgemeinden in Deutschland zu stärken, die Kernenergie Diskussion wieder auf die Ebene der Sachlichkeit zu führen und aktiv in der GMF mitzuarbeiten. Sachargumente sollen helfen, neben den ökologischen Gesichtspunkten die Ökonomie nicht ganz außer Acht zu lassen. Deshalb strebt die ASKETA eine Aufhebung der Laufzeitbeschränkungen deutscher Kernkraftwerke an. Einziges Kriterium für den weiteren Betrieb muss der Sicherheitszustand der Anlagen entsprechend Recht und Gesetz sowie die unverzügliche Bereitstellung entsprechender Endlagerkapazitäten sein

Kompakt-Info zur ASKETA

Die 1993 gegründete ASKETA - Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen in Deutschland vertritt derzeit 25 Kommunen mit kerntechnischen Anlagen, darunter 15 Kernkraftwerksstandorte mit 17 „aktiven“ und drei stillgelegten Kernkraftwerksblöcken sowie den Zwischenlagern für radioaktive Reststoffe und auch Forschungseinrichtungen.

Die ASKETA ist Mitglied der GMF – Group of European Municipalities with Nuclear Facilities, in der sich schwedische, spanische, rumänische, slowenische, bulgarische und ungarische Standorte mit kerntechnischen Anlagen zu einer Interessensvertretung auf EU-Ebene zusammengeschlossen haben.

Die ASKETA hat sich zum Ziel gesetzt, die Position der Standortgemeinden in Deutschland zu stärken, die Kernenergie Diskussion wieder auf die Ebene der Sachlichkeit zu führen und aktiv in der GMF mitzuarbeiten. Sachargumente sollen helfen, neben den ökologischen Gesichtspunkten die Ökonomie nicht ganz außer Acht zu lassen. Deshalb strebt die ASKETA eine Aufhebung der Laufzeitbeschränkungen deutscher Kernkraftwerke an. Einziges Kriterium für den weiteren Betrieb muss der Sicherheitszustand der Anlagen entsprechend Recht und Gesetz sein und nicht das vermeintliche Alter.